

ARNDT HOPFMANN

Nachdenken über Auswege aus der Sanierungsfalle

Arndt Hopfmann – Jg. 1956; Dr. oec., wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Redaktion von »UTOPIE kreativ«.

»Wer die Modellrechnungen des Finanzsenators und die aktuellen Zahlen aus den Haushaltsdebatten kennt, der weiß, (daß) diese sog. Sanierungspolitik auf drei Säulen fußt:

1. (auf) besagter Investitionspolitik inklusive Investitionssonderprogramm, mit der ... Schwerpunktsetzung ... auf Groß- und Verkehrsprojekte sowie auf die Erschließung von Gewerbeflächen.
2. (auf) dem gnadenlosen Verkauf öffentlichen Eigentums; von (der) Veräußerung kommunaler Betriebe und Beteiligungen bis hin zum Verkauf von Spielplätzen.
3. (auf) ... Kürzungen und Umstrukturierungen im konsumtiven Bereich; wobei sowohl die reinen Kürzungen als auch die strukturellen Eingriffe für die jeweils Betroffenen existentielle Folgen haben werden.«
Aus einem Leserbrief von Klaus-Rainer Rupp (PDS, Beirat Östliche Vorstadt) an die TAZ (Bremen).

»Crossover« – ursprünglich erfunden, um das von den »Parteiobere« verordnete Kontaktverbot von Mitgliedern aus der SPD und den GRÜNEN mit denen der PDS zu unterlaufen – scheint sich allmählich zu einem Markenzeichen für eine parteiübergreifende, problemorientierte Diskussionskultur zu entwickeln. Am stärksten ist diese Tendenz zur Einsicht in die Notwendigkeit koordinierten Vorgehens jenseits von parteiideologischer Borniertheit zweifellos dort ausgeprägt, wo der Handlungsdruck als besonders drängend empfunden wird. Einen derartigen Brennpunkt stellt mehr und mehr der finanzielle Notstand von Ländern und Gemeinden dar – zumal in jenen Kommunen, in denen sich, wie in Bremen, die Kalamitäten einer Großstadt und eines Bundeslandes in Gestalt eines »Stadtstaates« potenzieren. Ähnlich wie im Falle Berlins kennt auch die »große« Koalition in Bremen nur einen Ausweg aus der Finanzmisere: ein hilfloses Konzept, das unter dem Motto »Investieren und Sparen« geradewegs in die Sackgasse geführt hat und infolge seiner Verliebtheit in »Beton-intensive« Großprojekte demnächst vollends gegen die Wand zu fahren droht. Denn überall, wo die berüchtigte Standortlogik die Richtschnur kommunalen oder regionalen Handelns abgibt, mutiert der Mensch – dem zuliebe angeblich das ganze Spektakel aufgeführt wird – zum verstörten Saurier, dem nichts übrig bleibt, als zwischen den unnützen Artefakten investiven Größenwahns herumzulungern (oder von der Bildfläche abzutreten).

Angesichts des drohenden Desasters rosa-schwarzer Haushaltssanierung trafen sich am 27. Mai in Bremen ca. 70 engagierte Bürgerinnen und Bürger, die von der unterschiedlichen Parteizugehörigkeit der Organisatoren (Mario Käse, SPD; Klaus-Rainer Rupp, PDS; Wolfram Sailer, B'90/GRÜNE) nicht im mindesten irritiert wurden, um über ein menschengemäßes Zukunftsprojekt im Großstadt-Land Bremen zu beratschlagen. Das gemeinsame Ziel bestand darin, Alternativen zum technokratischen und einseitig auf Kostenreduzierung angelegten Sanierungsprogramm aufzuzeigen und für einen Strukturwandel zu werben, der als »Ideenwettbewerb um Innovation und Lebensqualität« zu organisieren wäre.

Die Schar der Referentinnen und Referenten war ähnlich bunt gemischt wie das Publikum, das mitunter lautstark, spontan und erfreulich respektlos in den als Bestandsaufnahme gedachten Vortragsmarathon des Vormittags eingriff. Die vorgestellten Befunde indessen waren unabhängig von den jeweils unterschiedlichen konkreten Ansatzpunkten der Analyse weitgehend identisch. Die der

regierungs-offiziellen Haushaltskonsolidierungsstrategie zugrunde liegende Orientierung auf Großprojekte und die Erschließung von Gewerbeflächen bei gleichzeitiger Privatisierung öffentlichen Eigentums sowie dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen erzeugt nicht nur eine bedenkliche Schieflage in der Verteilung von Kosten und Nutzen, sie zerstört zunehmend auch die spezifischen Qualitäten städtischen Lebensraums. Als Konsequenz wird darüber hinaus die Abwanderung jener Bevölkerungsgruppen in den »Speckgürtel« im Umland forciert, die aufgrund ihres Einkommens- und Steuerpotentials für eine Sanierung der Stadt- bzw. Landeskasse von erheblicher Bedeutung wären. Neben den problematischen Wirkungen der Sparpolitik auf die soziale Segregation standen vor allem ihre Grundlagen in der Kritik. Das gesamte Konzept steht und fällt mit der Entwicklung einer einzigen und entscheidenden äußeren Einkommensquelle – Länderfinanzausgleich –, die in den kommenden Jahren jedoch vor einer grundsätzlichen Revision steht. Wie stark die Koalitionäre in der Bürgerschaft auf die Bundeszuweisungen angewiesen sind, zeigt sich auch darin, daß faktisch alle Politikoptionen unter dem Vorbehalt ihrer Wirkungen auf den Finanzausgleich betrachtet werden. Daß diese Herangehensweise auch bei vielen Teilnehmern der Tagung tief verinnerlicht ist, wurde spätestens dann offenbar, als die unterschiedlichen Alternativstrategien zur Debatte gestellt wurden. Allen Überlegungen, durch eine Neuordnung der Länderstruktur wenigstens einige der drängendsten Probleme zu mildern, wurde immer wieder entgegen gehalten, daß sich die Einnahmesituation einer Großstadt Bremen in einem (dann vergrößerten) Bundesland Niedersachsen wesentlich schlechter darstellen würde als unter den gegenwärtigen Bedingungen bundesländischer Eigenständigkeit. Damit wurde zugleich deutlich, in welchem nicht unbedeutenden Maße sich auch »alternative« Politikkonzepte innerhalb strukturkonservativer Grundpositionen verorten.

Das Gros der innerhalb von Plenardebatten und Beratungen in thematisch spezialisierten Arbeitskreisen zusammengetragenen Alternativentwürfe läßt sich in wenigen Punkten resümieren. *Erstens*: Im Zentrum jeder Sanierungspolitik muß die Sicherung und Verbesserung der Lebensqualität stehen. Nur wenn die Stadt ein attraktiver Lebensraum mit vielfältigen Angeboten an Arbeitsplätzen, aber auch vor allem an Kultur- und Bildungsmöglichkeiten bleibt (oder wieder wird), können auch jene Einnahmen mobilisiert werden, die für einen ausgeglichenen Haushalt notwendig sind. *Zweitens* sollte Wirtschaftsförderung nicht auf wenige Großprojekte mit fragwürdigen Effekten beschränkt bleiben, sondern prinzipiell für alle Formen unternehmerischer Aktivitäten zugänglich sein. Für einen Stadtstaat erweist sich zudem die Koordination derartiger Förderinstrumente mit dem Umland als unverzichtbar. *Drittens* schließlich sollten die Initiativen auf Bundesebene darauf gerichtet sein, Bündnisse mit jenen zu schaffen, die vor ähnlichen Problemen stehen.

Damit wenigstens einige der vorgeschlagenen Ideen einer Verwirklichung nähergebracht werden können, wurde von vielen Teilnehmern der Vorschlag unterstützt, den bisher eher losen »Cross-over«-Zusammenhang in eine permanente Institution zur kritischen Begleitung der Bremer Sanierungspolitik von unten zu verwandeln.

»Die große Koalition rechtfertigt die Schuldzunahme damit, dass sie von Rückflüssen aufgrund steigenden Wirtschaftswachstums ausgeht. Zu diesem Zweck hat sie ihr narrhallerches Investitionsprogramm aufgestellt, mit dem in erster Linie Großprojekte, Gewerbeflächen und Verkehrsprojekte massiv subventioniert werden. Entgegen ihren öffentlichen Behauptungen wird die Wirtschaftstätigkeit in weiten Bereichen staatlich betrieben bzw. massiv staatlich gestützt. Diese Strategie negiert, dass bis heute niemand sagen kann, auf welchem Weg systematisch die Geldrückflüsse für den Schuldenabbau fließen sollen.«

Helmut Zachau (haushaltspolitischer Sprecher der Grünen) in der TAZ (Bremen) vom 22. Februar 2000.

»Bremen muss seine Rolle im Bund neu definieren – mit, vielleicht in Niedersachsen.«

Erich Röper (CDU) in der TAZ (Bremen) vom 12. Dezember 1999.

Was daraus wird, bleibt indessen abzuwarten, weil dies die SPD-Aktivisten in eine durchaus schizophrene Situation manövrieren würde – sie wären dann nämlich sowohl Mitglieder einer regierenden Koalitionspartei als auch deren schärfste Kritiker.